

Protokoll

über die öffentliche Landtagssitzung vom 5. Feber 1942
Anwesend alle Abgeordneten mit Ausnahme des Abg. Eugen
Schädler, für welchen Karl Marxer von Eschen
anwesend ist.

Beginn der Sitzung $\frac{1}{2}$ 11 Uhr.

Regierungsvertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Regierungschef: Ich danke ^{Namens} ~~Meiner~~ Seiner Durchlaucht des Fürsten
und auch Namens der Regierung den Herren Abgeordneten für ihre
Mitarbeit in der abgelaufenen Session 1941 und schliesse diese
Session im Auftrage Seiner Durchlaucht des Landesfürsten.

Alterspräsident Matt: Meine Herren Abgeordneten !

Ich begrüsse Sie als Alterspräsident zur ersten Sitzung des liech-
tensteinischen Landtages im Jahre 1942. Sie sind heute zur Eröff-
nungssitzung zusammengekommen, um die parlamentarische Arbeit
für das schicksalhafte Jahr 1942 zu beginnen. Die Arbeit, meine
Herren, wird für uns und für die Herren der Regierung keine leichte
sein, werden sich doch die Schwierigkeiten des letzten Jahres kaum
vermindern, sondern eher vergrössern, da der zweite Weltkrieg
immer mehr und mehr hineingreift in ~~unser~~ unser Staats- und Pri-
vatleben. Immer geringer und schmaler wird der Sektor unseres
öffentlichen und privaten Lebens, der noch vom Kriege unberührt
ist. Auf der ganzen Welt, in jedem Winkel der Erde brandet der
Krieg, er schlägt seinen Brandgeruch auch zu uns herein. Gottes
Güte und Vorsehung hat uns bis heute vor den direkten Kriegs-
folgen geschont. Möge er weiter seine Hand über uns und unser
Land halten und uns bewahren in Eintracht und Frieden. Möge
das Jahr 1942 das Ende des gegenwärtigen Krieges bringen, ein neu-
es europäisches Schicksal gestaltend. Liechtenstein aber soll
heil und gesund aus dem umwälzenden Geschehen herausgehen in
eine gute Zukunft hinein. Das walte Gott !

Regierungschef: Ich danke dem Herrn Alterspräsidenten für seine
Wort, denen ich von Herzen beipflichte. Ich möchte die Herren

Abgeordneten ersuchen, in dieser Session, deren Aufgaben ja der Herr Alterspräsident umrissen hat, treu mitzuarbeiten und begrüße Sie Namens Seiner Durchlaucht des Landesfürsten und erkläre mit Ermächtigung Seiner Durchlaucht den Landtag für 1942 für eröffnet.

Sodann schreitet der Präsident zur Vornahme der Bürowahlen. Sie ergeben folgendes Wahlergebnis:

1. Präsident:	Pfr. Anton Frommelt, Vaduz	13 Stimmen
2. Vizepräsident:	Dr. O. Schädler, Vaduz	14 Stimmen
3. Schriftführer:	Eberle Franz, Triesen	14 Stimmen
	Florian Kindle, Triesen	14 Stimmen
4. Finanzkommission:	Ohri Chrysostimus, Ruggell	12 Stimmen
	Josef Sele, Vaduz	12 Stimmen
	Risch Bernh., Vaduz	13 Stimmen
	Bühler Oswald, Mauren	13 Stimmen
5. Geschäftsprüfungskommission:	Flor. Kindle	14 Stimmen
	Risch Bernh.	14 Stimmen
	Hoop Franz	13 Stimmen

Präsident Frommelt übernimmt den Vorsitz.

Kindle: Ich möchte als Erstes sagen, dass man fürderhin wieder jeweils eine Tageseränzung bekommt und zwar soll diese den Abgeordneten frühzeitig zugeschickt werden.

Ferner möchte ich die Angelegenheit der Teuerungszulage an die Beamten zur Sprache bringen. Diese sind am 18. Dezember vor. Jahres beschlossen worden, Ich war ein Gegner. Ich möchte nun die Herren Abgeordneten, die dafür gestimmt haben, anfragen, ob sie mit der Verteilung, dass jeder Beamte gleichviel bekommt, einverstanden sind oder nicht.

Wachter: Ich muss gestehen, dass mich diese Aufteilung sehr befremdet hat.

Brunhart Heiner: Es war die Meinung, dass die kinderreichen und minderbesoldeten Beamten zuerst berücksichtigt werden sollen.

Brunhart Louis: Meines Erachtens haben die Abgeordneten die Auffassung gehabt, dass die kleineren Beamten mehr bekommen sollen als die gutbesoldeten.

Reg. Chef: Ich habe allerdings die gegenteilige Meinung. Bei der letzten Landtagssitzung hat die Auffassung bestanden, dass auf die Zahl der Kinder bei den Beamten und der Festsetzung der

Teuerungszulage gerade keine Rücksicht genommen werden soll, weil die Kinderzulage für die Beamten gemeinsam behandelt werden soll mit der allgemeinen Kinderzulage. Ueber die Verteilung der Frs. 55,000 haben in der Beamtenschaft wogl. Besprechungen stattgefunden, aber eine Einigung unter der Beamtenschaft ist nicht erzielt worden. Deshalb ist einstweilen für den Jänner und Februar die Zulage in der bekannten Form ausgeschüttet worden. Jeder bekommt im Jahre Frs. 405, wobei sich für die unteren Beamten ein höherer Prozentsatz herausgestellt hätte. Wir haben bei der Regierung selber auch das Gefühl gehabt, dass dies eine absolut befriedigende Lösung nicht ist und dass es überhaupt schwer ist, eine solche zu finden. Wir haben uns vorgenommen, die ganze Frage nochmals dem Landtage zur Diskussion vorzulegen. Die Herren der Regierung haben sine ira et studio gehandelt, denn sie haben zum vorneherein auf die Zulage verzichtet. Entsprechend einem Wunsche der Beamtenschaft werden die Herren Abgeordneten heute noch Gelegenheit haben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

Sele: Im ganzen Lande ist tatsächlich Kritik geübt worden in dieser Sache. Ich habe seinerzeit in der Konferenz den Antrag gestellt, dass jener Betrag von Frs. 30,000 Teuerungszulage für 1941, der für die Kinderzulage der Beamten verwendet worden ist, heuer von den Fr. 55,000 abgezogen und zu dem Betrag geschlagen würde, der für die allgemeine Kinderzulage ausgeschüttet wird.

Oehri: Der Herr Regierungschef hat gesagt, der Landtag sei gegen die Kinderzulage gewesen. Meines Erinnerns aber ist der Landtag grundsätzlich nicht gegen die Kinderzulage der Beamten gewesen, sondern mehr nur gegen einzelne bei den besser besoldeten Beamten. Es hat bei uns einen schlechten Eindruck gemacht, dass die minder- und besserbesoldeten Beamten gleichviel bekommen. Der kleinere Beamte sollte mehr haben, währenddem der besserbesoldete Beamte es eher machen könnte.

Präsident: Der Antrag ging seinerzeit im Landtag dahin, dass tatsächlich die Regelung der Kinderzulage der Beamten ausdrücklich der Regelung der allgemeinen Kinderzulage vorbehalten bleiben

soll. Die Kinderzulagen an die Beamten wurden tatsächlich jejen der übrigen Bevölkerung gleichgestellt. (Er verliest den betr. Teil aus dem letzten Protokoll).

Kindle: Nachdem der Landtag der Auffassung war, dass die Teuerungszulage notwendig sei, wofür ich heute noch nicht bin, so war doch die Auffassung vorherrschend, dass einer, der Fr. 5500 und darüber bekommt, keine Kinderzulage mehr bekomme, Nicht die mit den grossen Gehältern sollen es haben und der Landtag soll sich schlüssig werden.

Präsident: Die Beschlussfassung im Landtage ging im Sinne einer Teuerungszulage. Dieser Beschluss jedoch kann revidiert werden.

Eberle: Ich möchte anfragen, ob es nicht möglich wäre, den kinderreichen Familien den Winter über einen Vorschuss zu geben aus der allgemeinen Kinderzulage. Es hat solche, die die Lebensmittelkarten nicht mehr einlösen können.

Präsident: Ich habe die Meinung, dass die Regierung dies im Sinne der individuellen Behandlung heute schon macht. Soferne diese Regelung eine allgemeine würde, so müsste der Landtag einen höheren Kredit zur Verfügung stellen, der auch in Anspruch genommen würde von Familien, die es sonst noch einigermaßen machen können. Die Regierung würde prüfen müssen, ob das Bedürfnis vorhanden ist. Faktisch wird das, was gewünscht wird, heute schon praktiziert.

Dr. Schädler: Die Frage der Teuerungszulage war im Landtage hart umstritten. Man ging von der Auffassung aus, dass die Teuerung eine allgemeine sei und sämtliche Stände des Landes von der Teuerung in gleicher Weise betroffen wurden. Die Teuerungszulage an die Beamten ist eine Massnahme, die nur einen Stand berücksichtigt. Man hat gesagt, dass Beamte vorhanden seien mit niederen Gehältern und kinderreichen Familien und dass diese tatsächlich unter der heutigen Zeit besonders leiden und diesen sollte man besonders nachhelfen. Es ist dann aber im Zuge dieser Aussprache ein Beschluss gefasst worden, man hat aber in der Beamtenschaft wenig Zufriedene gefunden. Die meisten kri-

tisieren den Umstand, dass die Teuerungszulage allgemein ohne Rücksichtnahme auf die Familienlage ausgeschüttet worden ist. Das ist nicht richtig, weil hier die sozialen Verhältnisse nicht berücksichtigt sind.

Risch: Die Auffassung des Herrn Präsidenten dürfte stimmen, aber jedenfalls wäre es wünschenswert, einen Teil für die Kinderzulage zu reservieren. Jedenfalls ist es gut, wenn man noch einmal darüber redet.

Präsident: Ich möchte betonen, dass ^{hier nur/} ich/den Standpunkt des Protokolls vertrete. Nun sind neue Anregungen erfolgt, die auf eine Revision des Beschlusses hinielen. Das wird zur Kenntnis genommen werden.

Risch: Ich möchte vorschlagen, die ganze Sache im Konferenzzimmer nochmals zu besprechen.

Sele: Ich möchte daran erinnern, dass es die erste Pflicht der Abgeordneten ist, für die zu sorgen, die keine Möglichkeit mehr zum Leben haben, dass man in Form von Gesuchen an die Regierung gelangen muss, dagegen bin ich. Dieses Bettel- und Gesuchswesen ist nicht der richtige Weg. Denen, die nicht mehr leben können, muss heute geholfen werden. Das muss im Sinne eines Vorschusses geschehen. Die Leute sollten nicht bei der Regierung betteln müssen. Der Abg. Bühler hat in der Konferenz gesagt, dass die Forderung der Beamtenschaft mit 12% Zulage eine billige sei. Ich möchte daran erinnern, dass 20% von einem Arbeitslohn von kaum 150 Fr. im Monat einen anderen Betrag ausmacht, als 12% von einem Betrage von 400-500 Franken. Wenn er Gehalt Frs. 5000 ist, hat der Beamte mit 12% Zulage mehr, als der Arbeiter mit 20% Lohnerhöhung. Ich muss das erwähnen, nachdem in der Konferenz immer betont worden ist, dass die Arbeiterschaft auch 20% Lohnerhöhung bekommen habe.

Präsident: Die Darstellung Sele's stimmt nicht ganz. Es muss daran erinnert werden, dass bei den Beamten nicht jeder 12% bekommt, das muss korrigiert werden

Was die Vergleichziehung mit den schweizerischen Verhältnissen betrifft, so wird wohl niemand sagen, dass diese Angleichung der Arbeitslöhne nicht recht oder zuviel sei. Aber wenn der Beamte kommt und sagt, er möchte eine Angleichung von nur 80 % an die

schweizerischen Gehaltsansätze, so müsste man diese Forderung als beachtenswert ansehen.

Bühler: Der Abg. Sele verdammt das liechtensteinische Unterstützungswesen. Ich kann diese Auffassung nicht teilen. Es ist damit sehr viel Gutes schon getan worden. Es ist wohl möglich, das allgemeine Unterstützungswesen etwas zurückzudämmen, aber ganz abschaffen kann man es nicht. Das Gesuchswesen muss aufrecht erhalten bleiben. Es besteht in Liechtenstein bestimmt der Wille zum helfen. Ich bin von der Regierung in Kenntnis gesetzt worden, dass Vorschläge zur Hilfe abgelehnt worden sind, das befremdet mich. Im übrigen möchte ich mich der Anregung des Abg. Risch anschliessen, dass man diese Sache im Konferenzzimmer behandelt.

Reg. Chef: Ich möchte die Herren Abgeordneten ersuchen, anstatt hier eine Debatte zu machen, erst einmal abzuwarten, was die Vorarbeiten für die Einführung der Kinderzulage ergeben haben. Es ist sehr leicht zu sagen, das muss gemacht werden. Wenn man tiefer in die Sache einsieht, sieht es wesentlich komplizierter aus. Hinsichtlich der Teuerungszulage muss ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Landtag davon abgerückt ist, dass von diesen Fr. 55,000 keine Kinderzulagen ausgeschüttet werden. Der Landtag hat erklärt, dass die Beamtenkinder nicht mehr wert sind, als die der übrigen Bevölkerung. Gerade der Abg. Sele hat gesagt, keine Kinder- sondern Teuerungszulage. und die Teuerung sei für alle Beamten gleich. Wir haben dem auch ungerne zugestimmt, aber der Landtag hat uns im grossen und ganzen diesen Weg gewiesen und die Regierung hat mehr oder weniger diese Richtlinien vorgezeigt bekommen.

Dr. Schädler: Im grossen und ganzen möchte ich mich dem Antrage des Herrn Bühler schliessen, die Debatte abubrechen, da die Unterlagen für diese Diskussion meines Erachtens zu wenig erschöpfend zur Kenntnis gebracht worden sind. Zu der Bemerkung des Herrn Regierungschef möchte ich sagen. Es ist nicht richtig, dass der Landtag der Regierung diesen Weg vorgeschrieben hat, dass die kinderreichen Familien nicht berücksichtigt werden dürfen, sondern grundsätzlich ist diese Teuerungszulage unter sozialen Gesichtspunkten beschlos-

sen worden. Die allgemeine Aussprache über die Kinderzulage, das ist richtig, hätte sollen erfolgen mit der Stellungnahme des Landtages zur Hilfe für kinderreiche Familien.

Reg. Vög: Wir haben bei der Regierung - Dr. Vogt und ich - die Angelegenheit wiederholt ohne persönliche Voreingenommenheit behandelt. Wir haben den bestimmten Eindruck gehabt, dass das der Wille des Landtages gewesen ist.

Präsident: Die Bemängelung in der letzten Sitzung war eindeutig und klar und stimmte darin überein, dass die Kinderzulage eine separate Sache bedeute und mit der allgemeinen Kinderzulage behandelt werden soll. Wie der Abg. Sele betont, sollte kinderreichen Familien mittels Vorschüssen über die ärgste Zeit hinweggeholfen werden. Es wird zu prüfen sein, wie weit die Möglichkeit besteht, entgegenzukommen.

Kindle: Es wird immer betont, dass die Beamten mit niedrigen Gehältern am meisten zu leiden haben, das wird zugestanden, aber was der Arbeiter zu leiden hat mit einem Einkommen von 1500-2000 Fr., davon sagt man nichts. Das stärkt mich in meiner Auffassung über die Teuerungszulage. Ich bin erst recht froh, dass ich nicht dafür gestimmt habe. Dort soll man helfen, wo die Not am grössten ist und nicht bei den anderen.

Bühler: Solche Ausführungen, wie Kindle sie macht, sind leicht ins Volk hinauszurufen. Ich habe auch schon von der Arbeiterschaft gehört, dass die Löhne tragbar seien

Sodann zieht sich der Landtag ins Konferenzzimmer zurück.

Schluss der öffentl. Sitzung 1/4 vor 12 Uhr.

*Münch
Münch
Franz Ebel*